

FREIE BAUERN



Wir geben nicht auf und wir gehen nicht unter! / FREIE BAUERN Niedersachsen mit Fokko Schumann und Cord Meyer an der Spitze / Demo für Herkunftskennzeichnung, auch auf der Fertigpizza / Entflechtung der Monopole im Lebensmittelhandel / Generalklausel gegen unfaire Handelspraktiken / Vor Berlin: Faire Rahmenbedingungen für die kommenden Jahre / Aktionsprogramm Insektenschutz vernichtet Regenwald / Stellungnahme zum Entwurf Pflanzenschutzanwendungsverordnung / Alf Schmidt ist Mitglied der FREIEN BAUERN / Gemeinsamkeiten mit „Wir haben es satt“ / Direktzahlungen auf ortsansässige Landwirte begrenzen / Agrarstrukturelles Leitbild in Sachsen-Anhalt / Verbändeallianz gegen Tierwohlsteuer / Nährstoffbericht und rote Gebiete in Niedersachsen / Vorschlag zur ASP-Bekämpfung in Brandenburg / In eigener Sache: Von Fahnen-Hetze zum Fanshop-Button ...

FREIE BAUERN Deutschland

Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe
Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitze OT Lennewitz
Telefon 038791-80200, Telefax 038791-80201
kontakt@freiebauern.de, www.freiebauern.de

Bundesvertretung

Bundessprecher: Alfons Josef Wolff, 06188 Landsberg OT Hohenthurm
Stellvertretender Bundessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow
Weiteres Mitglied: Peter Guhl, 19273 Teldau OT Vorderhagen
Weiteres Mitglied: Ralf Ehrenberg, 37217 Witzhausen OT Ziegenhagen
Weiteres Mitglied: Georg Straller, 92263 Ebermannsdorf OT Ipfheim

Bundesgeschäftsstelle

Referent für Politik und Medien:
Reinhard Jung, Telefon 038791-80200, reinhard.jung@freiebauern.de
Referentin für Mitgliederservice und Buchhaltung:
Antje Bree, Telefon 0173-6264951, antje.bree@freiebauern.de
Referentin für Fachthemen und Kommunikation:
Frieda Simon, Telefon 0174-1801177, frieda.simon@freiebauern.de
Landesreferentin für Niedersachsen:
Sara Collmann, Telefon 0172-5352195, sara.collmann@icloud.com

Landesvertretung FREIE BAUERN Brandenburg (Vorstand Bauernbund Brandenburg):

Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow
Thomas Kiesel, 16845 Wusterhausen/Dosse OT Barsikow
Ulf Simon, 16845 Dreetz OT Michaelisbruch
Jens Gerloff, 16866 Kyritz OT Ganz
Hans-Jürgen Paulsen, 17291 Nordwestuckermark OT Zollchow
Manfred Wercham, 15324 Letschin OT Wilhelmsaue (t)
Lutz Wercham, 15324 Letschin OT Wilhelmsaue
Dirk Schulze, 15320 Neutrebbin OT Altbarnim
Carlo Horn, 15537 Grünheide OT Kagel
Christoph Schilka, 03096 Guhrow
Marcus Schilka, 03096 Guhrow
Frank Michelchen, 15910 Unterspreewald OT Leibsch
Max Kirsten, 04916 Kremitzau OT Polzen
Reinhard Benke, 14806 Planetal OT Mörz

Wir geben nicht auf und wir gehen nicht unter!

Liebe Berufskollegen,

ich will nichts schönreden – wir haben schwere Jahre hinter uns und die Perspektiven sind schlecht. Mit den Unbilden des Wetters kommen wir noch am ehesten zurecht. Auch vielleicht noch mit den Schwankungen der Agrarmärkte, wenngleich die Macht der Monopole uns immer weniger Spielräume für wirtschaftliche Erholung lässt. Vollends frustrierend ist es jedoch, eine Agrarpolitik zu erleben, die in vollem Bewusstsein der Konsequenzen unsere Betriebe mit immer höheren und durchweg sinnlosen Auflagen und Kosten belastet und damit ganz offensichtlich genau das bezweckt, was gerade eintritt und eben nicht schönzureden ist: Die Demoralisierung und Demontage des bäuerlichen Berufsstandes. Dass wir nur endlich unsere Höfe aufgeben. Die Geier kreisen schon.



Der nächste Tiefschlag steht uns wahrscheinlich mit dem Aktionsprogramm Insektenschutz bevor. Auch wenn wir in den nächsten Wochen nochmal alle Kräfte mobilisieren werden, um das Gesetzes- und Verordnungspaket zu verhindern, sieht im Augenblick alles danach aus, als wollte die Bundesregierung das verlogene Vorhaben durchziehen, all unseren lautstarken Protesten und begründeten Argumenten zum Trotz. Genau wie letztes Jahr die Düngeverordnung, von der auch alle wussten, dass sie auf der Grundlage fehlerhafter Daten beschlossen worden war. Sie wollen die Landwirtschaft reduzieren zugunsten der Exportindustrie, und mit einer unglaublichen Arroganz der Macht ziehen sie ihr Programm durch.

Deshalb sollen wir jetzt aufgeben? Meine größte Sorge ist, dass viele, die sich derzeit engagieren, wieder in ein tiefes Loch fallen. Schon bei der Düngeverordnung konnte ich mit der Untergangsrhetorik in Teilen der Protestbewegung nichts anfangen. Wir haben 500 Jahre unter Bedarf gedüngt und sind nicht untergegangen. Gut, es hat Hungersnöte gegeben – aber war das unser Problem? Auch das Aktionsprogramm Insektenschutz mit seinen vielen faulen Kompromissen wird uns nicht das Genick brechen. Ja, es ist ein ökologischer Unsinn sondergleichen, für viele Betriebe ein immenser wirtschaftlicher Schaden, eine himmelschreiende Ungerechtigkeit gegenüber unserem Berufsstand, aber doch nicht unser Untergang!

Lasst uns realistisch sein: Wir leben in einer satten, selbstgerechten Gesellschaft, die sich sehr weit von den Bedingungen ihres Daseins entfernt hat. Unsere Gegner wollen eine von Konzernen getragene Großlandwirtschaft und weiträumige Naturschutzgebiete, sie wollen unser Land. Bäuerliche Berufsvertretung hat in den letzten 30 Jahren praktisch nicht stattgefunden und ist nach wie vor zu schwach, auch wenn sich die FREIEN BAUERN aus dem Gestrüpp unterschiedlicher Protestformen langsam, aber sicher nach vorne arbeiten. Was wir in dieser Situation brauchen, ist sicherlich kein frustriertes Gejammer, sondern wir brauchen eine feste Überzeugung, Gottvertrauen, Entschlossenheit und Durchhaltewillen.

Innerhalb eines Jahres ist es uns gelungen, eine Berufsvertretung mit 1.230 Mitgliedern aufzubauen, die auf Bundesebene funktioniert und auf Landesebene immerhin fast überall bereits Ansprechpartner hat. Wir verfolgen einen klaren Kurs für unsere bäuerlichen Familienbetriebe, den wir offen und glaubwürdig gegenüber Politik und Gesellschaft kommunizieren. Mindestens ebenso wichtig ist ein klares Selbstverständnis nach innen: Wir sind Bauern und stolz darauf, wir bewirtschaften unsere eigenen Höfe mit eigener Hände Arbeit, weil wir davon überzeugt sind, dass das die überlegene Agrarstruktur ist. Wir setzen auf moderne Technik und gesundes Wachstum, aber genauso verachten wir die Technikgläubigkeit und

den Wachstumswahn, der von Beratern und Wissenschaftlern gepredigt wird. Was Fortschritt ist, wollen wir auf unseren Höfen selbst entscheiden. Die Bäume wachsen nicht in den Himmel, das letzte Hemd hat keine Taschen. Investitionen müssen bezahlbar sein und vor allem wollen wir gesund bleiben, die Arbeit schaffen und die Freude an der Landwirtschaft nicht verlieren. Wie sonst sollen wir sie an unsere Kinder weitergeben? Natürlich stehen wir für starke Betriebe, die von der Landwirtschaft leben können. Bevor ein Hof aufgegeben wird, kann es aber manchmal besser sein, ihn zu verkleinern, einen Nebenerwerb zu betreiben, mit Verarbeitung und Vermarktung die Wertschöpfungstiefe zu erhöhen, mit Landurlaub oder erneuerbaren Energien neue Einkommensquellen zu erschließen. Allen, die selbständig einen Bauernhof bewirtschaften, und sei er noch so klein, wollen wir mit Achtung begegnen. In Zeiten wie diesen kann die Leistung einer Generation darin liegen, den Betrieb überhaupt erhalten zu haben.

Je mehr Bauern, desto besser lautet deshalb unsere zentrale Botschaft. Das heißt nicht, dass wir jeden Berufskollegen lieben müssen, aber dass es schade um jeden Berufskollegen ist, der uns verloren geht. Wir haben unsere Ellenbogen nicht bekommen, um unseren Nachbarn wegzudrücken, sondern um ihn unterzuhaken. Und so geben wir nicht auf, sondern machen weiter – solide und solidarisch. Die Geier lassen wir weiter kreisen. Unsere Höfe kriegen sie jedenfalls nicht!

Euer Georg Straller (Bundesvertretung der FREIEN BAUERN)

FREIE BAUERN Niedersachsen mit Fokko Schumann und Cord Meyer an der Spitze

(11.03.2021) Die FREIEN BAUERN haben jetzt eine Landesvertretung in Niedersachsen: Landessprecher wurde der 39jährige Fokko Schumann, Freilandgeflügelhalter und Nebenerwerbslandwirt aus Berumbur in Ostfriesland, sein Stellvertreter der 55jährige Cord Meyer, Freilandschweinehalter und Direktvermarkter aus Böttersen bei Rotenburg an der Wümme. Weitere Mitglieder der Landesvertretung sind der Ackerbauer Christian Linne aus Sottmar im Braunschweiger Land, der Milchviehalter Christian Müller aus Eutzen in der Lüneburger Heide und Jens Soeken, der einen Grünland-Biogas-Betrieb in Timmel in Ostfriesland bewirtschaftet. Die Geschäftsstelle befindet sich auf dem Hof der Milchviehalterin Sara Collmann im ostfriesischen Wiesmoor.



Niedersachsen ist damit das erste Bundesland außerhalb Brandenburgs, wo sich die FREIEN BAUERN als eigenständige Landesgruppe formieren. „Wir haben uns über die Treckerdemonstrationen kennengelernt und wollen den ganz normalen Bauern wieder eine Stimme geben“, fasst Schumann die Motivation zusammen: „Deshalb verstehen wir uns auch als Angebot an Politik und Gesellschaft, landwirtschaftliche Interessen konstruktiv einzubringen.“ Über 150 Mitglieder haben die FREIEN BAUERN inzwischen in Niedersachsen mit einem Schwerpunkt in Ostfriesland, wo eine strategische Allianz mit der regionalen Bewegung Land-schafft-Verbindung (LSV) besteht. In Ostfriesland wurden auch die Grundlagen für die am 1. Dezember vergangenen Jahres eingereichte Verfassungsbeschwerde gegen die Düngerverordnung erarbeitet, die von den FREIEN BAUERN politisch vertreten wird.

*Nicht nur unsere Mitgliederzahl steigt stetig an, auch bei den Aktiven können wir Zuwachs verzeichnen. Weitere Landesvertretungen sind in Vorbereitung. In Rheinland-Pfalz+Saarland haben wir mit Klaus-Peter Weinand und Josef Gitzinger zwei engagierte Berufskollegen als Ansprechpartner gewinnen können. In Sachsen-Anhalt lässt Georg Scheuerle sein Amt ruhen, weil er bei den Freien Wählern für den Landtag kandidiert, als neuer Ansprechpartner hinzu gekommen ist Frerk Arfsten. Nach wie vor hemmen die Corona-Auflagen die Entwicklung eines normalen Verbandslebens. Spätestens in der wärmeren Jahreszeit wollen wir uns nicht mehr durch die fragwürdigen Gastronomie-Verbote behindern lassen. Deshalb laden wir schon heute ein zum **ersten Deutschlandtreffen der FREIEN BAUERN am 24. Juni** in Hessen und bitten darum, den Termin im Kalender vorzumerken.*

Große Aufmerksamkeit fand das ZEIT-Dossier „Aufstand der Trecker“ vom 14. Januar über die Bauernproteste. Den beiden Autorinnen Tanja Busse und Christiane Grefe ist es gelungen, nicht nur die aktuelle Stimmung im Berufsstand einzufangen, sondern auch zentrale Fragen herauszuarbeiten: Schaffen wir es, aus den starken Protesten eine starke Berufsvertretung zu formen? Werden die Vertreter der so genannten Zivilgesellschaft endlich von ihrem hohen Ross herabsteigen und fair mit uns Bauern nach Lösungen suchen? Unseren Mitgliedern Frieda Simon und Jann-Henning Dircks gebührt Dank, dass sie dabei geholfen haben, in einem der wichtigsten Medien der Republik unsere Bereitschaft zum Dialog darzustellen.

FREIE BAUERN demonstrieren für Herkunftskennzeichnung: Regionale Produkte auch auf die Fertigpizza



(16.12.2020) Die FREIEN BAUERN haben die verpflichtende Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel gefordert. „Weil bisher nicht draufsteht, aus welchem Land die landwirtschaftlichen Rohstoffe stammen, können die Verbraucher nicht erkennen, unter welchen ökologischen und sozialen Standards diese produziert wurden“, kritisierte Marco Hintze, stellvertretender Bundessprecher der FREIEN BAUERN, auf einer Demonstration bei dem Fertigpizza-Hersteller Freiburger heute morgen in Berlin. Zwanzig Bauern hatten sich vor den Werkstoren des Weltmarktführers für Tiefkühl-

pizzen versammelt, um gegen den Preisdruck zu protestieren, den die boomende Branche durch Verwendung billigster Rohstoffe aus dem Ausland gegen die heimische Landwirtschaft ausübt. Der 48jährige Landwirt aus Krielow im Havelland hat mit der Direktvermarktung von Rindfleisch selber positive Erfahrungen gemacht und ist davon überzeugt, dass großes Verbraucherinteresse an regionalen Produkten besteht: „Dass Freiburger als hundertprozentige Südzucker-Tochter mit Bauernverbands-Präsident Joachim Rukwied im Aufsichtsrat nicht ausschließlich Rohstoffe aus Deutschland für seine Pizzen verwendet, halte ich für einen ausgemachten Skandal.“

Mit der Aktion soll die Geschäftsleitung dazu veranlasst werden, sich mit der dramatischen Einkommenssituation der deutschen Landwirtschaft auseinander zu setzen, ihre Vermarktungsstrategie auf Regionalität auszurichten und die Forderungen der Bauern an die Politik zu unterstützen. Hintze: „Für alle über ein Gewichtsprozent hinaus gehenden Bestandteile von Lebensmitteln muss künftig das Herkunftsland auf der Verpackung verpflichtend ausgewiesen werden – erst dann hat der Verbraucher eine ernst zu nehmende Wahlfreiheit.“

FREIE BAUERN fordern Entflechtung der Monopole im Lebensmittelhandel

(29.12.2020) Die FREIEN BAUERN haben sich mit den vor den Zentrallägern des Lebensmitteleinzelhandels protestierenden Bauern solidarisiert. „Die Absichtserklärungen der Konzerne, eine heimische Landwirtschaft erhalten zu wollen, bei gleichzeitig knallhartem Preisdruck im Einkauf sind an Verlogenheit nicht zu überbieten“, sagte der Bundessprecher der FREIEN BAUERN Alfons Josef Wolff und appellierte an die Politik, endlich offen über wettbewerbsrechtliche Schritte nachzudenken: „Unser Hauptproblem besteht doch darin, dass fünf riesige Supermarktketten die Nachfrage in Deutschland kontrollieren. Für einen funktionierenden Wettbewerb bräuchten wir mindestens fünfzig.“

Dass ALDI in der aktuell extrem schwierigen Lage der Milchviehalter versucht, die Einkaufspreise für Butter noch weiter zu senken, sei nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat, argumentiert der 60jährige Landwirt aus Hohenthurm in Sachsen-Anhalt. Wolff: „Die Bundesregierung verteuert mit immer neuen Gesetzen die Produktion hierzulande, sie öffnet die Grenzen für billige Agrarprodukte aus Übersee und sie schaut tatenlos zu, wie monopolartige Strukturen in Verarbeitung und Handel uns Bauern ausbeuten und um die Früchte unserer Arbeit bringen. Diese Politik ist verantwortungslos und ist auch nicht im Sinne der Versorgungssicherheit und der Verbraucher!“

Als Sofortmaßnahmen verlangen die FREIEN BAUERN eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung auf allen Lebensmittelverpackungen, Verordnungen über faire Lieferverträge für Milch und Schlachtvieh sowie die Abschaffung der nutzlosen Zertifizierungssysteme QM und QS. Zeitgleich müsse mit den Vorbereitungen für ein Gesetz zur Wiederherstellung des Wettbewerbs im vor- und nachgelagerten Bereich der Landwirtschaft begonnen werden, wünscht sich Wolff: „Die derzeitigen monopolartigen Strukturen entsprechen nicht den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, erst ihre Entflechtung in Unternehmen mit unterschiedlichen Eigentümern kann den Weg zu einem gesunden volkswirtschaftlichen Ausgleich ebnen.“

*Im Dezember begannen überall in Deutschland Blockaden vor den Zentrallägern des Lebensmitteleinzelhandels, um öffentlichkeitswirksam auf die ausbeuterischen Produktionsverhältnisse entlang der so genannten Wertschöpfungskette hinzuweisen. Im Gegensatz zu den Verarbeitern, die im Herbst unsere gemeinsam mit BDM, LSV und AbL vorgetragenen Forderungen nur mit Allgemeinplätzen beantwortet hatten, ließen sich Vertreter der Handelsketten auf ernsthafte Gespräche ein. Aufgrund der Ergebnisse schrieben 39 Berufskollegen (darunter 13 Mitglieder von uns) am 14. Dezember an den Präsidenten des Bundesverbandes des Deutschen Lebensmittelhandels Friedhelm Dornseifer. Es kam zur Bildung eines Lenkungsgremiums und von drei **Arbeitsgruppen mit dem Lebensmitteleinzelhandel**, in denen zur Zeit über Möglichkeiten verhandelt wird, die Stellung der Landwirtschaft in der Wertschöpfungskette zu verbessern – und zwar sowohl auf dem Weg privatrechtlicher Vereinbarungen als auch durch gesetzliche Maßnahmen. Bei der Arbeitsgruppe Milch/Rind vertritt uns Peter Guhl, bei der Arbeitsgruppe Schwein*



Aldi-Zentrallager in Hesel, Ostfriesland, Dezember 2020: Wir waren dabei

Cord Meyer und bei der Arbeitsgruppe Herkunftskennzeichnung Reinhard Jung. Weitere Mitglieder von uns sind beteiligt. Über Zwischenergebnisse wurde Stillschweigen vereinbart. Unsere Forderungen nach Verträgen mit Menge und Preis für Milch und Schlachtvieh, nach Herkunftskennzeichnung auf den Verpackungen und nach Abschaffung von QM und QS sind bekannt. Parallel versuchen wir weiter, auf die Politik Einfluss zu gewinnen: So nahm Peter Guhl im März an einem Gespräch mit den CDU-Bundestagsabgeordneten Axel Knoerig und Ingrid Pahlmann zum Thema Milchlieferverträge teil, und auf dem Hof unserer Mitglieder Hans-Jürgen und Viola Paulsen im brandenburgischen Zollchow informierte sich der Journalist Jens Blankennagel über Milcherzeugung und Milchmarkt und verarbeitete seine Eindrücke in einem ganzseitigen Artikel für die Berliner Zeitung „Vom Überlebenskampf der Milchbauern“.

FREIE BAUERN verlangen Generalklausel gegen unfaire Handelspraktiken

(02.03.2021) Die FREIEN BAUERN haben an den Bundestag appelliert, bei der anstehenden Änderung des Agrarmarktstrukturgesetzes eine Generalklausel gegen unfaire Handelspraktiken einzufügen. „Der von Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner vorgelegte Entwurf schützt bäuerliche Betriebe nicht oder nur in geringem Umfang gegen die Ausbeutung durch große Konzerne“, kritisiert Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN: „Dass wir immer noch unsere Milch an die Molkerei liefern müssen, ohne zu wissen, welchen Preis wir dafür erhalten, ist genauso sittenwidrig wie die übliche Praxis der nachträglichen Klassifizierung durch die Schlachthöfe, die Manipulationen Tür und Tor öffnet.“ Eine Generalklausel würde es den Landwirten ermöglichen, solche unfairen Verfahrensweisen unter Berufung auf die UTP-Richtlinie der Europäischen Union gerichtlich überprüfen zu lassen.

Für inakzeptabel halten die FREIEN BAUERN die im Entwurf enthaltene Ausnahmeregelung für Erzeugerzusammenschlüsse, denen der betroffene Landwirt angehört. „Die großen Genossenschaftsmolkereien, die den Markt dominieren, sind multinationale Konzerne, ihre Mitglieder müssen vor unfairen Handelspraktiken genauso geschützt werden wie andere Bauern auch“, verlangt Guhl, der im mecklenburgischen Vorderhagen einen Milchviehbetrieb bewirtschaftet. Seit Jahren setzen sich die FREIEN BAUERN dafür ein, dass die Bundesregierung eine Verordnung verabschiedet, nach der Milcherzeuger mit ihren Molkereien vorab eine Vereinbarung über Liefermenge und Auszahlungspreis treffen müssen. Was in einer Marktwirtschaft eigentlich selbstverständlich sein sollte, hat Frau Klöckner bisher verhindert, bedauert Guhl: „Die Ausnahmeregelung ist ein Ergebnis erfolgreicher Lobbyarbeit der Milchindustrie.“

FREIE BAUERN vor Berlin: Faire Rahmenbedingungen für die kommenden Jahre!

(25.01.2021) Die FREIEN BAUERN haben vor den morgen in Berlin beginnenden Bauernprotesten die Bundesregierung zu einer grundlegenden Kurskorrektur aufgefordert. „Wir pfeifen auf Zukunftskommission, Wertschätzungskampagne und Bauernmilliarde“, sagte Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN, der von seinem Hof in Hohenthurm in Sachsen-Anhalt aus in die Hauptstadt aufbrechen wird: „Wir fordern faire Rahmenbedingungen, unter denen wir in den kommenden Jahren wirtschaftlich arbeiten können sowie ein Ende der Ausbeutung und Bevormundung unserer Betriebe durch falsche Agrarpolitik.“ Als Sofortmaßnahmen verlangen die FREIEN BAUERN von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner:

1. Eine Verordnung über die verpflichtende Herkunftskennzeichnung der verwendeten Rohstoffe in Klartext auf allen Lebensmittelverpackungen. Wolff: „Der Verbraucher hat ein Recht darauf, zu erfahren, aus welchem Land die Waren kommen.“
2. Verordnungen über Lieferverträge für Milch und Lebewiehe, nach denen Menge und Preis vorab vereinbart werden müssen. Wolff: „Nachträgliches Preisdiktat durch Molkereien und Schlachthöfe widerspricht allen Regeln der Marktwirtschaft.“
3. Keine Ratifizierung der Freihandelsabkommen mit Kanada und den Mercosur-Staaten, keine neuen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA. Wolff: „Wir wollen nicht noch mehr Importe unter unseren Standards, die den Preis drücken.“
4. Keine Verabschiedung eines Insektenschutzgesetzes, das die Landwirtschaft zurückdrängt und der Natur nichts nützt, während gleichzeitig am Amazonas die Regenwälder brennen. Wolff: „Regionale Lebensmittelversorgung muss Vorrang haben.“
5. Aussetzung der verschärften Düngeregeln für Gebiete, in denen die von der Verwaltung selbst gesetzten technischen Standards für Grundwasserbeobachtung nicht erfüllt werden. Wolff: „Wenn wir nicht schuld sind, dürfen wir auch nicht bestraft werden.“



Die im März 2020 durch deutschlandweite Ausdehnung des Bauernbundes Brandenburg entstandenen FREIEN BAUERN haben inzwischen Vorschläge und Stellungnahmen zu allen genannten Themen erarbeitet und mit LSV Ostfriesland sogar eine Verfassungsbeschwerde gegen die Düngeverordnung auf den Weg gebracht. „Das Problem der Bundesregierung ist, dass sie trotz der großen Demonstrationen vom Winter 2019 nach wie vor hauptsächlich auf den Deutschen Bauernverband hört, der aber aufgrund seiner vielen Abhängigkeiten nicht mehr für den Berufsstand sprechen kann“, stellt Wolff fest: „Landwirtschaftliche Interessenvertretung befindet sich im Umbruch. Wir sind bereit und in der Lage, Verantwortung zu übernehmen.“

In einer Podiumsdiskussion mit den protestierenden Landwirten äußerte Julia Klöckner zu den niedrigeren ökologischen Standards unserer Konkurrenz aus Übersee, dagegen können sie nichts unternehmen, denn: „Das versaut deren Umwelt und deren Biodiversität“.

Den vom Thüringer Schäfer Alf Schmidt und Mitstreitern organisierten Dauerprotest in Berlin haben die FREIEN BAUERN als einzige deutschlandweite Berufsorganisation vom ersten Tag an unterstützt. Weder der Deutsche Bauernverband noch LSV Deutschland konnten sich dazu durchringen. Zum Auftakt kamen unser Bundessprecher Alfons Wolff und sein Stellvertreter Marco Hintze nach Berlin, auch Reinhard Jung, Peter Guhl und Jann-Harro Petersen sprachen auf den Protesten. Mit einem Basislager in der Karl-Marx-Allee und den täglichen Rundfahrten durch die Stadt, bei denen Ministerien, Parteien und Medien besucht wurden, entwickelte sich ein funktionierendes Veranstaltungsformat, das trotz Corona-Auflagen und klirrender Kälte durchhielt und zunehmend Aufmerksamkeit gewann. Dass Marco Hintze und Karl-Heinz Rathenow Brennholz lieferten und wir aus unserer Verbandskasse einmal unserer Verbandskasse einmal Dieseltanken bezahlten, sei nur am Rande erwähnt. Als am 10. Februar das Aktionsprogramm Insektenschutz im Bundeskabinett auf die Tagesordnung genommen wurde, nahmen auch die Proteste Fahrt auf ...



FREIE BAUERN: Aktionsprogramm Insektenschutz vernichtet Regenwald

(05.02.2021) Die FREIEN BAUERN haben der Bundesregierung vorgeworfen, mit dem geplanten Aktionsprogramm Insektenschutz unter dem Vorwand der Biodiversität die Brandrodung des tropischen Regenwaldes voranzutreiben, damit die deutsche Industrie nach Südamerika exportieren kann. „Sollten die Ministerinnen Schulze und Klöckner auf über einer Million Hektar jeglichen Pflanzenschutz verbieten, sinkt die kontrollierte heimische Erzeugung um rund drei Prozent, dazu kommen rund drei Prozent weniger durch die Einschränkungen der Düngeverordnung und ein Prozent durch neue Häuser und Straßen – macht sieben zu null für Bolsonaro“, rechnet Ralf Ehrenberg von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN vor. Da die Deutschen deswegen nicht weniger essen, entstehe eine Versorgungslücke, so der 49jährige Ackerbauer aus dem hessischen Ziegenhagen: „Dann werden wir nicht mehr über das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten diskutieren, schlicht weil wir diese Agrarimporte, unter niedrigsten sozialen und ökologischen Standards erzeugt, dann zum Überleben brauchen.“

Dass Grüne und Umweltverbände die auf Ausplünderung des Planeten ausgerichtete Politik der Bundesregierung auch noch unterstützen würden, sei ein verhängnisvolles Missverständnis, vermutet Ehrenberg: „Viele glauben allen Ernstes, es würde der Umwelt nützen, wenn wir unsere Landwirtschaft in Gänseblümchenwiese und Streichelzoo verwandeln.“ Eine sinnvolle Verbindung aus regionaler Lebensmittelversorgung und Biodiversität könne nur erreicht werden durch viele leistungsstarke bäuerliche Betriebe, die in einer gegliederten Kulturlandschaft mit Hecken, Baumreihen und wertvollen Biotopen hochproduktiv wirtschaften, sind die FREIEN BAUERN überzeugt. Ehrenberg: „Mit dem Aktionsprogramm Insektenschutz beschädigt und demütigt die Bundesregierung aber genau diejenigen Betriebe, die seit jeher in Einklang mit der Natur arbeiten. Jeder verantwortlich denkende Politiker muss diesem Machwerk seine Zustimmung verweigern.“



Jann-Harro Petersen, unser Ansprechpartner aus Schleswig-Holstein, am 10. Februar in Berlin (Foto: A. R. Lee)

Bei gefühlten minus 20 Grad erreichte die Berliner Demonstration am 10. Februar einen Höhepunkt, als Berufskollegen mit mehr als 1.000 Traktoren auf der Straße des 17 Juni, also direkt vis a vis zur Sitzung des Bundeskabinetts im Kanzleramt gegen das Insektenschutzprogramm demonstrierten. An dem Tag kamen endlich auch die Hauptstadtmedien in Gang, die die Bauernproteste bislang nur spärlich bis peinlich begleitet hatten: Peter Guhl sprach im RBB, Reinhard Jung im ZDF und die ARD interviewte unser bayerisches Neumitglied Kerstin Bär, die fast durchgängig auf der Demonstration ausgehalten hatte.

Stellungnahme der FREIEN BAUERN zum Änderungsentwurf Pflanzenschutzanwendungsverordnung

(07.02.2021) Sehr geehrter Herr Schulz,

wir danken für die Zusendung des in der Ressortabstimmung befindlichen Entwurfs und nehmen dazu wie folgt Stellung: 1.) Durch die geplanten Änderungen wird das Ziel eines Insektenschutzes nicht erreicht. Die daraus resultierende Ertragsminderung führt vielmehr zu einer Verlagerung landwirtschaftlicher Erzeugung ins Ausland und hat dadurch negative Auswirkungen auf Umwelt und Klima. 2.) Die mit den geplanten Änderungen verbundenen Eingriffe ins Eigentum sind keineswegs alternativlos. Dieselben (aus unserer Sicht falschen) Effekte lassen sich ebenso mit milderer Mitteln erzielen, wie durch einige Bundesländer mit entsprechenden Anreizprogrammen bereits praktiziert.

Zu 1.): In § 4 werden die Verbote bestimmter Pflanzenschutzmittel auf die kompletten FFH-Gebiete ausgedehnt, mit Ausnahmen lediglich im Bereich Sonderkulturen. In § 4 a wird ein grundsätzliches Verbot für Pflanzenschutzmittel auf Gewässerrandstreifen von 10 bzw. 5 Metern ab Böschungskante verhängt. Diese Regelungen sind fachlich nicht nachzuvollziehen. Die Einbeziehung intensiv genutzter Acker- und Grünlandflächen in FFH-Gebiete erfolgte nicht aufgrund eines naturschutzfachlichen Wertes dieser Flächen, sondern mit dem Ziel, die naturschutzfachlich wertvollen Kernzonen durch Vertragsnaturschutz in den Randzonen abzurunden und damit das gesamte Gebiet ökologisch aufzuwerten. Dass diese Angebotsplanung jetzt mit Ordnungsrecht überzogen wird, ist ein Vertrauensbruch gegenüber allen Landwirten und Landeigentümern, die die Ausweisung von FFH-Gebieten bislang positiv begleitet haben. Ein flächendeckend auftretendes Problem mit Rückständen von Pflanzenschutzmitteln in Naturschutzgebieten oder Oberflächengewässern ist nicht bekannt. Durch die in den letzten zwanzig Jahren realisierten Fortschritte in der Applikationstechnik wäre ein solches auch höchst verwunderlich. Eine im April 2020 veröffentlichte Studie von Forschern des Deutschen Zentrums für integrative Biodiversitätsforschung der Universität Leipzig und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg bestätigt zwar den Rückgang landlebender Insekten, zeigt aber eine Erholung bei der Zahl der Süßwasserinsekten, und zwar um mehr als ein Drittel in einem Zeitraum von dreißig Jahren. Die geplanten Verbote in FFH-Gebieten und auf Gewässerrandstreifen stehen daher in keinem nachvollziehbaren Zusammenhang mit einem wie auch immer gearteten Insektenschutz. Im Ergebnis handelt es sich um willkürliche Maßnahmen zur Ertragsminderung, die aufgrund ihrer flächendeckenden Gültigkeit Verluste im Prozentbereich erwarten lassen und damit den Selbstversorgungsgrad spürbar senken werden, zulasten von Umwelt und Klima.

Zu 2.): Die in den §§ 4 und 4 a des Entwurfs vorgesehenen Verbote sind weder geeignet noch verhältnismäßig. Durch freiwillige Förderprogramme mit konkretem, auf die örtliche Situation bezogenen Leistungsumfang, wie sie derzeit bereits in Brandenburg und Baden-Württemberg angeboten werden oder für den „Niedersächsischen Weg“ geplant sind, lassen sich dieselben Effekte erzielen wie durch den hier zu diskutierenden ordnungsrechtlichen Eingriff. Mit dem entscheidenden Unterschied, dass dafür öffentliche Mittel aufgewendet werden, während die Verbote zunächst haushaltsneutral sind. Der „Erfüllungsaufwand der Wirtschaft“ wird in dem Entwurf bewusst vage gehalten. Tatsächlich handelt es sich bei den Verboten um enteignungsgleiche Auflagen, die auf der weit überwiegenden Mehrheit der betroffenen Flächen eine rentable Landwirtschaft nicht mehr zulassen. Vor dem Hintergrund des nicht nachvollziehbaren Zusammenganges mit dem Ziel Insektenschutz sind die Verbote nach unserer Rechtsauffassung nicht durch die Gemeinwohlpflichtigkeit des Eigentums gedeckt und daher rechtswidrig.

Der Entwurf in seiner gegenwärtigen Fassung ist für den bäuerlichen Berufsstand nicht akzeptabel, die §§ 4 und 4 a sind ersatzlos zu streichen.

Wir betonen noch einmal, dass wir Insektenschutz befürworten und der Überzeugung sind, dass auch die Landwirtschaft dazu einen Beitrag leisten kann. Dafür brauchen wir allerdings einen Paradigmenwechsel in der Naturschutzpolitik: Statt zwangsweiser Ausdehnung von Flächenstilllegung bedarf es einer freiwilligen Verdichtung des in vielen Regionen aufgrund von Flurbereinigung und Komplexmelioration nach wie vor stark ausgedünnten Biotopverbundes aus Gehölzstreifen und Gewässerläufen. Diese würde nur sehr wenig Fläche beanspruchen und sie stünde vor allem nicht im Widerspruch zur Aufrechterhaltung einer hochproduktiven Landwirtschaft, welche ohne staatliche Bevormundung nach guter fachlicher Praxis die regionale Selbstversorgung mit Lebensmitteln nachhaltig sicherstellt.

Mit freundlichen Grüßen, Ralf Ehrenberg (Bundesvertretung der FREIEN BAUERN)



Eine Woche vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg haben die Bauern im Ländle den von Ministerpräsident Winfried Kretschmann großspurig angekündigten "Gesellschaftsvertrag mit der Landwirtschaft" entzaubert: Auf dem Podium musste der grüne Landtagsabgeordnete Martin Hahn zugeben, dass es sich dabei um einen Dialogprozess handeln soll, den seine Partei erst „nach der Wahl“ anstoßen möchte. Gemeinsam mit dem LSV und dem BDM hatten die **FREIEN BAUERN Baden-Württemberg** eine Demonstration mit 200 Traktoren vor dem Landtag angemeldet ... über 500 kamen. Die AbL konnte sich zu einer Teilnahme nicht entschließen, der Bauernverband hatte seinen Mitgliedern sogar ausdrücklich von einer Teilnahme abgeraten. Umso erfreulicher, dass alle für den Landtag kandidierenden Parteien mit Ausnahme der SPD den Weg auf das in einem Anhänger eingerichtete Podium fanden und den Demonstranten Rede und Antwort standen – auch die regionalen Medien berichteten ausführlich und positiv über die Veranstaltung. „Wir haben Kontakte zu vielen Politikern geknüpft, die wir nach der Landtagswahl weiter verfolgen werden“, sagte Thomas Frenk aus Nonnenweier, Ansprechpartner der FREIEN BAUERN Baden-Württemberg, und betonte den Grundsatz der parteilichen Unabhängigkeit.

Alf Schmidt ist Mitglied der FREIEN BAUERN

(14.02.2021) Der Organisator der Bauernproteste in Berlin, Alf Schmidt, Schäfer aus dem thüringischen Melborn, ist bei den FREIEN BAUERN eingetreten. „Wir freuen uns über unser neues Mitglied und wir ziehen den Hut vor der großen Leistung, die Alf in den drei letzten Wochen vollbracht hat“, sagte Alfons Wolff Bundessprecher der FREIEN BAUERN und Ackerbauer aus Hohenthurm in Sachsen-Anhalt. Die FREIEN BAUERN hätten die von ihm angemeldete Demonstration von Anfang an unterstützt, begründet Schmidt seine Entscheidung: „Und sie besitzen die organisatorische Struktur und das inhaltliche Fundament, um die verschiedenen protestierenden Gruppen zusammenzuführen zu einer starken Interessenvertretung der deutschen Bauern.“

Mit seiner zunächst als Mahnwache geplanten Aktion hatte Schmidt die größten Bauernproteste seit einem Jahr ausgelöst. Vom 26. Januar an sammelten sich die Traktoren am Berliner Alexanderplatz, fuhr durch die Straßen der Hauptstadt zu Ministerien, Parteizentralen und Medienhäusern – Gespräche mit Politikern aller Parteien kamen zustande. Trotz Diffamierungsversuchen, klirrender Kälte und Coronaauflagen gelang es Schmidt und seinen Mitstreitern, immer mehr Berufskollegen aus allen Teilen Deutschlands zu mobilisieren – aus den anfangs rund 200 Traktoren wurden bei der Demonstration gegen das Insektenprogramm der Bundesregierung am 10. Februar mehr als 1.000 Traktoren. „Wir stehen zusammen gegen die falsche Politik der Bundesregierung, die unsere regionale Landwirtschaft reduziert und die Grenzen öffnet für noch mehr Importe aus Übersee“, beschreibt Wolff die inhaltliche Übereinstimmung. „Dafür brauchen wir den Protest auf der Straße genauso wie eine nachhaltige Berufspolitik“, ist Schmidt überzeugt und ruft dazu auf, bei den FREIEN BAUERN Mitglied zu werden.

FREIE BAUERN sehen Gemeinsamkeiten mit „Wir haben es satt“

(16.01.2021) Angesichts der Aktion des Bündnisses „Wir haben es satt“ in Berlin haben die FREIEN BAUERN die Veranstalter aufgefordert, mit dem bäuerlichen Berufsstand in einen Dialog auf Augenhöhe einzutreten. „Wenn Tier-, Natur- und Umweltschutzverbände ernsthaft mit uns reden würden und nicht immer nur alles besser wüssten, würden wir wahrscheinlich viele Gemeinsamkeiten finden“, ist Ralf Ehrenberg von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN überzeugt. Insbesondere bei der Ernährungssicherheit und der Ablehnung eines hemmungslosen Freihandels sieht der 49jährige Ackerbauer aus dem hessischen Ziegenhagen Anknüpfungspunkte für politische Allianzen.

„Gleich ob durch reale Bedrohungen oder durch fatale Fehleinschätzungen – für unsere Gesellschaft kann sehr schnell der Moment kommen, wo Verteilungskämpfe nicht mehr nur um Klopapier stattfinden, sondern um Lebensmittel und damit ums Überleben“, mahnt Ehrenberg. Deshalb sei es an der Zeit, den Begriff „systemrelevant“ mit Inhalt zu füllen und der Landwirtschaft nicht nur Wertschätzung entgegenzubringen, sondern auch die Wertschöpfung zu ermöglichen, mit der wieder nachhaltig Gewinne erwirtschaftet werden können.

Eine Ratifizierung der Freihandelsabkommen mit Kanada sowie mit den Mercosur-Staaten kommt für die FREIEN BAUERN deshalb ebensowenig in Frage wie eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über das TTIP mit der neuen US-Administration. Statt dessen fordert Ehrenberg eine deutliche Verringerung der bereits heute viel zu hohen Importe aus Übersee: „Dabei geht es nicht um Kaffee, Bananen oder das bisschen exotischen Firlefanz, das die Veganer brauchen, sondern es geht um die massiven Einfuhren von Soja und Palmöl, für die gerade der tropische Regenwald niedergebrannt wird.“ Gegen diesen ökologischen Wahnsinn sollten Landwirte und Umweltschutzverbände künftig gemeinsam vorgehen, wünscht sich Ehrenberg.

*Kaum eine Pressemitteilung hat soviel Resonanz bei unseren Mitgliedern ausgelöst wie diese – kritische Anmerkungen überwogen. Daher hier nochmal zur Verdeutlichung: Es gibt durchaus Gemeinsamkeiten mit den NGOs, nicht nur in der Ablehnung der Freihandelsabkommen mit Kanada, den USA und den Mercosur-Staaten, sondern auch in der Ablehnung einer Grünen Gentechnik, die uns in Abhängigkeit von den Großkonzernen treibt, sowie in der Kritik am Ausverkauf der ostdeutschen Landwirtschaft an Investoren. Und es gibt bei den NGOs durchaus vernünftige Leute, mit denen man reden kann und sollte. **Agrarpolitik ist kein Ponyhof.** Wenn wir nur mit denen reden würden, die sowieso schon unsere Meinung haben, wäre das vielleicht bequem, aber ineffizient. Dialogbereitschaft fällt uns umso leichter, wenn wir in der Sache konsequent bleiben. So haben wir uns beispielsweise nicht der unter Moderation des Landtags zwischen NGOs und Bauernverband ausgehandelten Vereinbarung zum Insektenschutz in Brandenburg vom 10. März angeschlossen, die wieder nur auf eine Zurückdrängung von Landwirtschaft zugunsten von Wildnis und sehr extensiver Bewirtschaftung hinausläuft. In einer Stellungnahme erklärte Thomas Kiesel, stellvertretender Landessprecher der FREIEN BAUERN und Ackerbauer aus Barsikow: „Das war zu erwarten, ist aber eine Enttäuschung, weil es den Insekten wenig nützt und die regionale landwirtschaftliche Erzeugung deutlich senkt. Fehlende Lebensmittel müssen dann importiert werden – die globale Ökobilanz ist katastrophal. Wir hatten ein großzügiges Förderprogramm für zusätzliche Hecken und Baumreihen in der Agrarlandschaft vorgeschlagen, das vergleichsweise wenig Fläche braucht, den Erosionsschutz und das Mikroklima verbessert und einen Biotopverbund für wild lebende Arten schafft. Diese praktische Idee kommt in der Vereinbarung nicht mehr vor, dafür umso mehr Ideologie. Schade.“ Klartext und Dialogbereitschaft schließen sich nicht aus ...*

FREIE BAUERN möchten die EU-Direktzahlungen auf ortsansässige Landwirte begrenzen

(21.02.2021) Die FREIEN BAUERN haben an die Bundesregierung appelliert, bei der anstehenden Verteilung der EU-Direktzahlungen 2022-27 ein klares Signal gegen den zunehmenden Einstieg überregionaler Investoren in ostdeutsche Agrarbetriebe zu setzen. Es sei wenig glaubwürdig, wenn Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner immer wieder auf die grundstücksrechtlichen Kompetenzen der Länder verweist, mit den EU-Geldern aber selbst das schärfste Schwert gegen den Ausverkauf der Landwirtschaft ungenutzt in der Hand halte, sagte Marco Hintze, stellvertretender Bundessprecher der FREIEN BAUERN: „Während sich die Länder beim Grundstücksrecht in engen verfassungs- und europarechtlichen Grenzen bewegen, kann der Bund die Direktzahlungen deutlich freier und gezielt so verteilen, dass ortsansässige Landwirte gestärkt werden.“

Die Untätigkeit der Ministerin verwundere umso mehr, da sie die dramatische Entwicklung in Ostdeutschland erst kürzlich bei der Vorstellung einer Studie des Thünen-Instituts wortreich beklagt habe, merkt Hintze an und erinnert daran, dass die FREIEN BAUERN bereits im Mai letzten Jahres konkrete Vorschläge vorgelegt haben, wie die Vorgaben der EU strukturverbessernd umgesetzt werden können. „Wir brauchen jetzt endlich eine Kappung der Direktzahlungen und eine Koppelung daran, dass die Betriebe ortsansässigen Landwirten gehören“, fordert der 48jährige Ackerbauer und Mutterkuhhalter aus dem brandenburgischen Krielow: „Dabei muss es jederzeit möglich sein, dass Betriebe sich in unterschiedliche Eigentümer aufteilen oder dass die Eigentümer ortsansässig werden.“ Auch müssten die durch Kappung und Koppelung einbehaltenen Direktzahlungen im Bundesland verbleiben und dort für Zwecke des ländlichen Raumes verwendet werden.

Nach den Plänen der Bundesregierung sollen überregionale Investoren, die inzwischen rund 20 Prozent der Fläche Ostdeutschlands bewirtschaften, nach wie vor für jeden Hektar Direktzahlungen erhalten. Hintze: „Das ist nicht nachvollziehbar. Irgendwer hat irgendwas nicht verstanden. Die Subventionierung von Heuschrecken hat jedenfalls nichts mit Insektenschutz zu tun.“



Der große Landwirtschaftsbetrieb in diesem brandenburgischen Dorf wurde vor zwei Jahren an Kapitalanleger verkauft, die über 100 Kilometer entfernt leben. Kein Einzelfall in Ostdeutschland.

Einen großen Teil unserer in der Öffentlichkeit nicht sichtbaren Arbeit investieren wir zur Zeit in den Versuch, auf die Entscheidungen zur Verteilung der EU-Gelder aus der Gemeinsamen Agrarpolitik Einfluss zu nehmen. Die Verhandlungen über die nationale Umsetzung der GAP treten dieses Frühjahr in ihre entscheidende Phase und auch wenn im Berufsstand die richtige Einschätzung besteht, dass staatliche Förder-

gelder nicht die volkswirtschaftlichen Grundprobleme unserer Landwirtschaft lösen, können wir uns als Berufsvertretung nicht ausklinken, wenn über die Verteilung von jährlich über 6 Milliarden Euro beraten wird. Dabei mussten wir erkennen, dass unser Ansatz einer Kappung der Direktzahlungen unter der derzeitigen Besetzung des Bundeslandwirtschaftsministeriums keine Chance hat und zudem angesichts der von der EU vorgegebenen Berücksichtigung der Arbeitskräfte sogar zu einer Benachteiligung unserer

ostdeutschen Familienbetriebe führen kann. Deshalb haben wir uns intensiv mit den Möglichkeiten der so genannten **Umverteilungsprämie** auseinandergesetzt, eigene Vorschläge entwickelt, mit Modellrechnungen unterlegt und diese inzwischen mit dem Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium Peter Feiler (CDU), dem mecklenburg-vorpommerschen Landwirtschaftsminister Till Backhaus (SPD) und dem brandenburgischen Landwirtschaftsminister Axel Vogel (Grüne) erörtert. Ausführliche Informationen folgen im nächsten Rundbrief. Auf die Vorstellung der Pläne von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner zur nationalen Umsetzung der GAP hat unser stellvertretender Bundessprecher Marco Hintze, Landwirt aus dem brandenburgischen Krielow, folgendermaßen reagiert: „Die Ministerin suggeriert, mit der weiteren Umverteilung zugunsten kleinerer Betriebe würde Agrarstrukturpolitik betrieben. Tatsächlich geht es um minimale Zuschläge – statt über die Umverteilungsprämie gezielt leistungsfähige bäuerliche Familienbetriebe zu fördern, bleibt diese eine Alibiveranstaltung. Und das zentrale Problem der ostdeutschen Landwirtschaft, die Landnahme überregionaler Agrarkonzerne, kommt in den Plänen der Ministerin gar nicht vor. Dafür umso mehr Bürokratie, Auflagen und Kontrollen, die an den Großbetrieben abprallen, während kleine Bauern frustriert das Handtuch werfen.“

FREIE BAUERN Sachsen-Anhalt begrüßen agrarstrukturelles Leitbild und kritisieren Gesetzentwurf

(11.01.2021) Die FREIEN BAUERN Sachsen-Anhalt haben in einem Schreiben an Landwirtschaftsministerin Claudia Dalbert das von der Koalition vorgelegte agrarstrukturelle Leitbild begrüßt, dessen Umsetzung im Entwurf für ein Agrarstrukturgesetz Sachsen-Anhalt aber als „viel zu unverbindlich“ kritisiert. Damit stellen sie sich gegen den Landesbauernverband und andere Landnutzerverbände, die in einer gemeinsamen Erklärung bereits das Leitbild abgelehnt und jede weitere Diskussion über den Gesetzentwurf verweigert hatten.



„Wenn die Politik als Leitbild eine vielfältige Agrarstruktur anbietet, in der ausdrücklich bäuerliche Betriebe dominieren sollen, außerdem eine breite Streuung des Eigentums und viele ortsansässige Landwirte, dann schlagen wir sofort ein“, lobt Georg Scheuerle, Landessprecher der FREIEN BAUERN, den von der Koalition verfolgten Ansatz: „Der zunehmende Einstieg auswärtiger Kapitalanleger in unsere Landwirtschaft ist ein riesiges Problem für alle Berufskollegen – es ist mir unbegreiflich, weshalb der Bauernverband und seine Verbündeten ein solches Leitbild vollständig ablehnen und keinen Handlungsbedarf sehen.“ Die in den vergangenen vier Jahren insgesamt enttäuschende Agrarpolitik der grünen Ministerin dürfe nicht zu einem „Beißreflex“ gegen alles aus dem Hause Dalbert führen, meint der 55jährige Ackerbauer aus Queis bei Halle und plädiert dafür, das gute und richtige Leitbild einer bäuerlichen Landwirtschaft weiter zu konkretisieren.

„Im Gesetzentwurf stellen wir leider gravierende handwerkliche Fehler fest“, bedauert Scheuerle: „So ist nirgendwo eine Regelung zu finden, welche die im Leitbild genannte Personengruppe der ortsansässigen Landwirte präzise definiert und beim Grunderwerb gegenüber anderen Gruppen privilegiert.“ Genau das sei aber der Zweck eines Agrarstrukturgesetzes, sonst könne man auch das bundesweit geltende und inzwischen weitgehend wirkungslose Grundstücksverkehrsgesetz beibehalten. Die FREIEN BAUERN kündigen daher an, sich konstruktiv in den weiteren Gesetzgebungsprozess einzubringen, um bei den noch strittigen Punkten Lösungen zu finden, die der Landwirtschaft von Sachsen-Anhalt dienen.

FREIE BAUERN, BDM und LSV-Landesverbände wollen keine Tierwohlsteuer

(04.03.2021) Ein breites Bündnis aus den FREIEN BAUERN, dem Bundesverband deutscher Milchviehhalter und den Land-schafft-Verbindung Organisationen aus Bayern, Schleswig-Holstein, Ostfriesland, Baden-Württemberg und Sachsen lehnt die von der Bundesregierung geplante Tierwohlsteuer ab und geht damit auch auf Gegenkurs zum regierungsnahen Deutschen Bauernverband.



„Wir wollen keine zusätzlichen Almosen vom Staat, sondern wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die uns wieder Luft für sinnvolle Investitionen geben“, fasst Georg Straller von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN die Bedenken zusammen: „Eine neue Abgabe, wie auch immer sie finanziert wird, schwächt erfolgreiche Tierwohl-Siegel und Direktvermarkter, sie verzerrt den Wettbewerb zugunsten ohnehin schon kapitalstarker Betriebe, sie diskriminiert bäuerliche Tierhalter, die den Eigenanteil für größere Umbaumaßnahmen nicht aufbringen können oder wollen und sie schadet damit im Ergebnis den Tieren.“

Die von der Borchert-Kommission im Auftrag von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner ausgearbeiteten Empfehlungen für den Umbau der Tierhaltung seien sehr theoretisch und würden Tierwohl auf technische Standards reduzieren, kritisiert Rainer Seidl, Vorsitzender von LSV Bayern: „Mindestens ebenso wichtig sind viele Bauern, die sich um die Tiere kümmern, weil sie ihnen gehören und sie sich deshalb verantwortlich

fühlen.“ Ein mit Staatsgeldern und ständig steigenden Auflagen erzwungener Umbau würde bäuerliche Familienbetriebe vom Markt drängen und damit die wichtigste Voraussetzung für Tierwohl untergraben.

Mit aus einer Tierwohlsteuer gespeisten Fördermitteln seien für die Bauern erhebliche finanzielle Risiken und Abhängigkeiten verbunden, befürchtet BDM-Sprecher Hans Foldenauer: „Echte Fortschritte beim Tierwohl müssen sich aus der Tierhaltung erwirtschaften lassen.“ Das funktioniere nicht mit einem zeitlich begrenzten Umbauprogramm, sondern nur durch Stärkung der tierhaltenden Betriebe gegenüber den großen Molkerei- und Schlachthofkonzernen und Handelsketten sowie durch Schutz vor Billigimporten aus Übersee, wo Tierhaltung unter ganz anderen sozialen und ökologischen Standards stattfindet als in der Europäischen Union.

FREIE BAUERN Niedersachsen informieren über rote Gebiete

Nachdem unsere Ostfriesen bereits die Verfassungsbeschwerde gegen die Düngeverordnung auf den Weg gebracht haben (letzter Rundbrief) überprüfen sie jetzt deren Umsetzung in Landesrecht und geben damit allen von roten Gebieten betroffenen Berufskollegen eine Richtung vor. „Die Bewirtschaftungsauflagen können auf zwei Ebenen angegriffen werden“, informiert Jens Soeken von der Landesvertretung der FREIEN BAUERN Niedersachsen: „Erstens in Bezug auf die räumliche Einteilung, wo sowohl

die Grundwasserkörper insgesamt als auch die Teiltypflächen oftmals nicht den tatsächlichen hydrogeologischen Verhältnissen entsprechen, mit dem Ergebnis viel zu großräumiger Gebietskulissen. Zweitens in Bezug auf die technische und fachliche Eignung der herangezogenen Messstellen, die auch oftmals nicht dem AVV-Standard entsprechen. Auf diese Weise lassen sich die Gebiete ggf. verkleinern. Darüber hinaus können die Bewirtschaftungsauflagen für den betroffenen Einzelbetrieb entschärft werden, wenn dieser durch viel plausibles Papier (Stoffstrombilanz, Düngbedarfsermittlung, schlagbezogene Aufzeichnungen) sauber nachweist, dass er nicht ursächlich verantwortlich für die Belastungen sein kann.

FREIE BAUERN Niedersachsen erfreut über achten Nährstoffbericht

Das Niedersächsische Ministerium für Landwirtschaft legte am 10. März 2021 den 8. Nährstoffbericht in Bezug auf Wirtschaftsdünger vor. Darin weist Niedersachsen erstmals eine rechnerisch nahezu ausgeglichene Stickstoffdüngebilanz auf Landesebene auf. Die FREIEN BAUERN Niedersachsen zeigten sich erfreut über die damit nun amtlich bestätigte Tatsache, dass die Landwirte verantwortungsvoll mit ihren Ressourcen Boden und Wasser umgehen. „Vor allem zeigen die Zahlen des Nährstoffberichts eindrücklich, dass weitere Gängelungen der Bauern durch nochmalige Verschärfungen der Düngeverordnung und so genannte rote Gebiete nicht mehr erforderlich sind“, teilte Jens Soeken von der Landesvertretung der FREIEN BAUERN mit. Beeindruckend im aktuellen Bericht sei vor allem, dass der Stickstoffdüngesaldo innerhalb von acht Jahren von 68.000 Tonnen auf quasi null Tonnen (692t) gefallen sei. Dies ist in erster Linie auf die hochqualifizierte Arbeit der Bauern zurück zu führen, die nun im Sinne einer „Mangelverwaltung“ versuchen müssen, ihre Erträge stabil zu halten. Die Bewertung der Landesregierung lasse aber einige Fragen offen: Das Messnetz der Wasserrahmenrichtlinie umfasst 1097 Messstellen, von denen 217 Messstellen den Wert von 50 mg Nitrat überstiegen haben. Das sind 19,8 % der Messstellen. Von den belasteten Messstellen halten jedoch einige nicht die Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie ein. Somit stellen die im Bericht angegebenen 34 % nicht die Realität dar. Auch besagt der Nitratbericht der Bundesregierung, dass kein einziges Oberflächengewässer in Deutschland zu hohe Nitratrichtwerte aufweist. Der Grenzwert in der Oberflächenwasserverordnung liegt wie beim Grundwasser bei 50 mg/l. Die angegebene Zielsetzung von 2,8 mg /l in den Mündungsbereichen zur Nordsee ist fernab von jeder Realität. Außerdem werden die Einflüsse der Siedlungsentwässerung auf die Oberflächengewässer in dem Bericht mit keinem Wort erwähnt. So entsteht der Eindruck, die Landwirtschaft sei allein verantwortlich.

*Auf eine interessante technische Entwicklung weist unser Mitglied Lucas Lütke Schwienhorst aus dem brandenburgischen Ogrosen hin. Mittlerweile habe die Weiterentwicklung der **Doppelmesser-Mähwerke** für große Arbeitsbreiten Praxisreife erreicht, lediglich die hohen Anschaffungskosten lassen viele Betriebe noch zögern. Die Technologie sei sauber und schnell, extrem bodenschonend und dieselsparend (2 Liter pro Hektar), aber empfindlicher und wartungsintensiver als herkömmliche Mähwerke. Wenn etwa ein 9-m-Schmetterling am 70-PS-Schlepper funktioniert, könne das die Schlagkraft gerade kleinerer Betriebe erhöhen. Zudem sei die Insektenfreundlichkeit dieser Technik ein echter Vorteil: „Rotationsmähwerke saugen Insekten durch den Sog beim Mähen ein. Wird das Erntegut dann noch aufbereitet, damit es schneller trocknet, werden die daran sitzenden Insekten endgültig zerquetscht. Auch bei den folgenden Arbeitsschritten wie Wenden, Schwaden und Laden werden Verluste verursacht, die durch größere Arbeitsbreiten und weniger Befahren reduziert werden könnten.“ Wenn heute über sinnvolle Maßnahmen des Insektenschutzes durch die Landwirtschaft diskutiert werde, sollte die Förderung von Doppelmesser-Mähwerken daher auf jeden Fall eine Rolle spielen, zumindest für einen Übergangszeitraum, bis aufgrund höherer Nachfrage mehr Anbieter und geringere Stückkosten für Entlastung sorgen.*

*In einem Interview mit der Lausitzer Rundschau hat unser brandenburgisches Vorstandsmitglied Frank Michelchen, Biobauer aus dem Spreewald, die Wirkungslosigkeit der **Wolfsverordnung** des Landes kritisiert: Zu den darin enthaltenen Voraussetzungen für eine Entnahme von Wölfen – dem mehrfachen Überwinden von Herdenschutzmaßnahmen im zeitlichen und räumlichen Zusammenhang – sagte er: „Leider hat niemand definiert, wie der zeitliche und räumliche Zusammenhang aussehen soll. Reden wir von zwei Wochen, vier oder sechs? Reden wir über eine Landwirtschaft, über ein Rudelgebiet oder eine Gemeinde?“ Der verlangte Herdenschutz sei teuer und unpraktikabel in der Unterhaltung und könne von mehr als 90 Prozent der Mutterkuhhalter daher nicht umgesetzt werden, so Michelchen weiter: „Unter diesen Voraussetzungen wird nie eine Abschussgenehmigung erteilt und die ganze Verordnung hat nur den Zweck, Aktivität vorzutäuschen, die es in Wirklichkeit nicht gibt.“*

FREIE BAUERN Brandenburg machen Vorschlag zur ASP-Bekämpfung ab dem Vegetationsbeginn 2021



(21.01.2021) Die FREIEN BAUERN Brandenburg haben dem Landwirtschaftsministerium Vorschläge für eine Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Schweinepest in der kommenden Vegetationsperiode gemacht. „Nur wenn wir durch Anbau von Getreide, Mais und Raps ein attraktives

Futterangebot für das Schwarzwild beibehalten, wird es in den eingezäunten Zonen bleiben und die Seuche nicht in weitere Gebiete tragen“, sagte Christoph Schulz, Landwirt aus Atterwasch im Spree-Neiße-Kreis, der mit betroffenen Berufskollegen das Konzept erarbeitet hat. „Darauf aufbauend können wir optimale Bedingungen für eine rationelle Bejagung schaffen.“

Für das komplette Seuchengebiet schlagen die FREIEN BAUERN die Anlage von mindestens zwölf Meter breiten Bejagungsschneisen vor, durch die sehr große Flächen in maximal zehn Hektar umfassende Teilstücke gegliedert würden. Darüber hinausgehende Maßnahmen sollten an die naturräumlichen Gegebenheiten angepasst sein, empfiehlt Schulz: „Auf den Sandböden in Oder-Spree und Spree-Neiße bietet sich die Stilllegung ertragsschwacher Standorte und waldnaher Kleinflächen an, um mehr freies Schussfeld zu erreichen, auf den fruchtbaren Böden in Märkisch Oderland liegt dafür eine Ausdehnung des Zuckerrübenanbaus nahe.“ Kooperationsmöglichkeiten sieht Schulz außerdem bei der Fallwildsuche, welche die Landwirte bei ihrer Arbeit vom Traktor aus vornehmen könnten: „Dadurch würde die amtlich organisierte Suche Kapazitäten für die Schwerpunkte des Seuchengeschehens gewinnen, die eindeutig im schwerer zugänglichen Wald oder Dickicht liegen.“

Nach den Anlaufschwierigkeiten vom Herbst 2020 mit flächendeckenden Landwirtschaftsverböten im Seuchengebiet hoffen die FREIEN BAUERN für das Frühjahr 2021 auf eine gemeinsame Bekämpfungsstrategie mit der Landesregierung. Schulz: „Eine erfolgreiche Eindämmung der Schweinepest wird nur möglich sein, wenn die Maßnahmen nachhaltig über einen längeren Zeitraum von den örtlichen Landwirten und Jägern unterstützt werden. Hierfür haben wir ein konstruktives Angebot gemacht.“

In eigener Sache: Von der Fahnen-Hetze zum Fanshop-Button

Wenn Politik ein schmutziges Geschäft ist, dann kann man inzwischen schon davon sprechen, dass wir wahrgenommen werden. Seit einigen Wochen kursieren Drohbriefe mit kriminellen Parolen und unserem Logo, die uns beim Adressaten verleumden sollen – wir haben Strafanzeige erstattet. Die erwiesenermaßen nicht rechtsradikale schwarze Fahne, die von mehreren Berufskollegen auf den Protesten in Berlin mitgeführt wurde, wurde zum Anlass genommen, uns zu diffamieren. Am 11. Februar sah sich unser Politikreferent Reinhard Jung genötigt, an unseren Verteiler mit mehr als 600 Kontakten aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Medien folgende Richtigstellung zu schicken:

Gestern veröffentlichte das Redaktionsnetzwerk Deutschland (rnd) ein Interview mit dem Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes Joachim Rukwied und gleichzeitig einen Beitrag über die Bauernproteste in Berlin, in dem der Autor Dr. Jan Sternberg uns als „radikal“ und „populistisch“ bezeichnet, ohne diese Einschätzung auch nur ansatzweise zu begründen. Über die Beweggründe des Autors können wir nur mutmaßen. Wir vertreten weder radikale Positionen noch argumentieren wir populistisch. Davon dürfen Sie sich gern auf unserer Homepage überzeugen. Die schwarze Fahne mit Pflug und Schwert, die der Deutsche Bauernverband als Beleg für angeblich rechtsradikale Tendenzen bei den Bauernprotesten anführt, war übrigens im Dritten Reich verboten und wurde in der Bundesrepublik bis vor kurzem regelmäßig auf Demonstrationen des Bauernverbandes gezeigt, ohne dass dies jemals problematisiert worden wäre. Sie ist ausdrücklich nicht unser Symbol – wir haben dazu letzten September lediglich eine historische Bewertung abgegeben, die dem Zufall geschuldet ist, dass ich während meines Geschichtsstudiums über dieses Thema geforscht habe. Wir lassen uns nicht in eine radikale oder populistische Ecke stellen. Lassen Sie sich dadurch bitte nicht beirren und nicht ablenken von der inhaltlichen Auseinandersetzung um die Zukunft der Landwirtschaft.

Der Hetz-Artikel von Dr. Sternberg war aber auch ein Weckruf. Vor lauter inhaltlicher Arbeit, die sehr viel Zeit schluckt, dürfen wir die Mitgliederwerbung und Selbstdarstellung nicht vernachlässigen. Die schwarze Fahne hatte doch nur deshalb soviel Zuspruch (über die Küstenregion hinaus), weil sich Berufskollegen sichtbar vom Bauernverbands-Establishment absetzen wollten. Wo war unser Angebot in dieser Zeit? Nach dem 11. Februar ging es dafür Schlag auf Schlag: Innerhalb von zwei Tagen richteten Sara Collmann und Frieda Simon beim Online-Händler „Spreadshirt“ einen Shop für Kappen, Jacken, Pullover, Taschen und Tassen ein. Wenig später ließ Thomas Frenk 25 Banner produzieren und nach Berlin liefern, die inzwischen überall im Land wehen und vor allem auf der Demo in Stuttgart zu sehen waren. Mittlerweile ist das vollständige Angebot aus Fahnen, Bannern, Schildern, Aufhängern, Textilien und weiteren Artikeln mit unserem Logo unter freiebauern.de/fanshop (auf unserer Internetseite neben den sozialen Medien angeordnet) zusammengefasst worden. Auf dass wir in Zukunft nicht mehr nur FREIE BAUERN sind, sondern es auch stolz zeigen können!



Und hier kommt für alle Internet-Muffel die Kopiervorlage für die Mitgliederwerbung nebenan, gerne per Post an: FREIE BAUERN, z. Hd. Antje Bree, Mehrower Dorfstraße 17, 16356 Ahrensfelde OT Mehrow.

Ja, ich möchte Mitglied der FREIEN BAUERN werden !

Bitte schickt mir einmal jährlich eine Beitragsrechnung der GmbH FREIE BAUERN. Der Beitrag errechnet sich aus einem Grundbeitrag von 50 Euro und einem Flächenbeitrag von 1 Euro pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (maximal 550 Euro). Bei Landwirtschaftsbetrieben wird die Mitgliedschaft erklärt durch den Betriebsleiter. Für den Beitrag dürfen bis zu zwei weitere Personen Mitglied werden (z. B. Hofnachfolger, Ehepartner, Altenteiler). Nicht-Landwirte zahlen nur den Grundbeitrag.

Die Beitragszahlung begründet das Recht, sich im Beitragsjahr "Mitglied der Initiative FREIE BAUERN" zu nennen. Mit der Beitragszahlung erkläre ich mein Einverständnis, Informationen und Einladungen der Initiative FREIE BAUERN zu erhalten. Aus der Beitragszahlung ergeben sich keine weiteren Rechte oder Pflichten innerhalb der Initiative FREIE BAUERN.

Name Betriebsleiter	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	
Telefon	
Mobiltelefon	
E-Mail	
Geburtstag	
Fläche in ha	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Datum, Ort: Unterschrift: